



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Roland Maier** und **Fraktion (AfD)**

Keine weitere Beschneidung der Freiheit! Messerverbot entgegnetreten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, einer Ausweitung von Messerverboten entgegenzuwirken und keine weitere Einschränkung der Rechte unserer Bürger zu tolerieren.

Begründung:

Ein Messerverbot wird weder das Sicherheitsgefühl, noch die Sicherheit auf deutschen Straßen, Bahnhöfen, Fußgängerzonen oder in Bus und Bahn verbessern. Die AfD-Fraktion ist einig der Meinung, dass ein Mitführungsverbot für Klingen ab 6 cm im öffentlichen Raum, wie es vom Bundesrat vorgesehen ist, Rechte und Freiheitsgefühl von unbescholtenen und rechtschaffenen Bürgern erheblich beschneiden wird. Während sich unsere gesetzestreuen Bürger gezwungenermaßen an ein solches Verbot halten würden, ließen sich Kriminelle, die bereits dazu bereit sind, gesetzeswidrig auf andere Menschen einzustechen und deren Leben zu gefährden, erst recht nicht von einem gesetzlichen Trageverbot abschrecken.

Bestraft werden nur jene, die ihre Messer seit jeher als Werkzeug betrachten und deswegen bei sich führen, sei es zum Handwerk, zur Brauchtumpflege, bei der Fischerei oder im Lebensmittelgewerbe. Ein Messerverbot sollte nur für solche Personen in Frage kommen, die bereits durch Gewaltdelikte straffällig geworden sind.